



## Jetzt entschiedene Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären Migration treffen

Deutschland steckt in einer schweren Migrationskrise. Städte und Gemeinden sind mit der Zahl der illegalen Zuwanderer überlastet. Die Infrastruktur kommt an ihre Grenzen. Doch die Bundesregierung schafft keine spürbare Abhilfe.

Die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) hat in der Nacht auf den 7. November 2023 gemeinsam mit dem Bundeskanzler eine Reihe von Beschlüssen zur Migrationspolitik gefasst. Diese Beschlüsse betreffen vorrangig die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten, die Frage der Sozialleistungen für Asylsuchende sowie die Verfahrensbeschleunigung und -digitalisierung.

Der MPK voraus gingen viele Wochen, in denen weder das Ziel noch die konkreten Lösungsansätze des Bundeskanzlers in Anbetracht der drängenden Migrationskrise sichtbar waren. Bereits am 6. September 2023, also vor mehr als zwei Monaten, hat Bundeskanzler Scholz im Plenum des Deutschen Bundestages der Opposition einen Deutschland-Pakt angeboten – ohne jedoch konkrete Maßnahmen vorzulegen. Die Union war gesprächsbereit – unter der Maßgabe, dass am Ende wirksame Maßnahmen stehen, welche die Zahlen der illegalen Migration nach Deutschland senken.

Der Bundeskanzler möchte den Eindruck erwecken, die Beschlüsse der MPK seien ein signifikanter Fortschritt auf diesem Weg – weshalb er sogar die Überschrift „Humanität und Ordnung“ von der CDU/CSU entlehnt hat. Tatsächlich wird aber nur ein Bruchteil der 26 Forderungen der Unionsfraktion für eine wirkliche Wende in der Asyl- und Flüchtlingspolitik aufgegriffen.

Die Beschlüsse der MPK sind deshalb nicht mehr als ein erster Schritt auf dem Weg zu einer raschen und spürbaren Reduzierung der irregulären Migration nach Deutschland. Die Einigung wärmt viele altbekannte Ankündigungen aus früheren Vereinbarungen auf, die auch nach Monaten noch nicht umgesetzt sind. Die Kraft des Bundeskanzlers zur Änderung seiner Migrationspolitik scheint bereits beim kleinsten gemeinsamen Nenner erschöpft. Wir fordern auch weiterhin: Die Zahlen müssen runter.

Die schwere Migrationskrise, in der Deutschland derzeit steckt, ist auch das Resultat von fast zwei Jahren Ampel-Politik. Beispielsweise hat die Ampel das Bleiberecht für abgelehnte Asylbewerber ausgedehnt, den Familiennachzug erweitert und den Spurwechsel in die Arbeitsmigration ermöglicht. Die CDU/CSU-Fraktion warnte die Ampel in einer aktuellen Stunde des Bundestages zudem davor, das Staatsbürgerschaftsrecht zu lockern.

So sinkt die Akzeptanz der Bevölkerung für die Aufnahme von Flüchtlingen auf Tiefststände. Wenn man Humanität leben will, muss man die Bevölkerung mitnehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



der 9. November gehört zu den geschichtsträchtigsten Daten unseres Landes. Neben dem Mauerfall (1989), dem Hitlerputsch in München (1923) und der Ausrufung der Republik in Deutschland (1918) erinnert dieser Tag an die Reichspogromnacht am 9. November 1938. Heute, 85 Jahre später, gewinnt die Erinnerung daran eine besonders traurige Aktualität: Auf Kundgebungen und Demonstrationen in ganz Deutschland wird Antisemitismus, Israelhass und die Freude über den Tod von israelischen Jüdinnen und Juden offen zur Schau gestellt. Das ist unerträglich und muss alle nach den Regeln des Rechts möglichen Konsequenzen nach sich ziehen. In der Debatte im Deutschen Bundestag zum Thema "Historische Verantwortung wahrnehmen - Jüdisches Leben in Deutschland schützen" haben wir als Unionsfraktion daher unseren Antrag eingebracht, der insgesamt 49 zum Teil sehr konkrete Maßnahmen zur Unterstützung Israels und zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland vorschlägt. Aus meinem Arbeitsbereich gehört dazu unter anderem unsere Forderung, dass Antisemitismus als besonders schwerer Fall der Volksverhetzung im Strafgesetzbuch verankert werden soll.

Denn die jüngst auf antisemitischen Hassdemonstrationen offen zutage getretene Strafbarkeitslücke muss geschlossen werden. Dies betrifft insbesondere die verstärkte strafrechtliche Ahndung antisemitischer Äußerungen und der Terrorunterstützung. Wer gegen Israel hetzt, muss mit mindestens sechs Monaten Freiheitsstrafe bestraft werden. Darüber hinaus muss die Sympathiewerbung für Terror-Organisationen wieder unter Strafe gestellt werden. Der Straftatbestand des Landfriedensbruchs muss außerdem so ausgestaltet werden, dass auch die Beteiligung an einer feindseligen Menschenmenge wieder unter Strafe gestellt wird. Zudem muss die Ampel den Gesetzentwurf zur Erleichterung der Einbürgerung zurückziehen und einen Gesetzentwurf zur Anpassung des Staatsangehörigkeitsrechts vorlegen, um die Einbürgerung von Antisemiten und Hamas-Unterstützern zu unterbinden. Ferner bin ich der Meinung, dass Anpassungen des Ausländerrechts nötig sind, damit eine antisemitische Straftat künftig zur Ausweisung und eine entsprechende Verurteilung auch zum Verlust eines humanitären Schutzes in Deutschland führen kann.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW  
Foto: Tobias Koch

## Kein Kahlschlag bei den Freiwilligendiensten!

Der dieswöchige bundesweite Aktionstag zum Erhalt der Freiwilligendienste setzte ein wichtiges Zeichen gegen die von der Ampel geplanten massiven Kürzungen im Bereich der Freiwilligendienste. Denn diese Kürzungen führen nicht nur zum Wegfall vieler Freiwilligendienstplätze, sie gefährden die erfolgreiche Durchführung und die über Jahre aufgebauten Strukturen des Freiwilligendienstes insgesamt.

Dabei ist der Freiwilligendienst eine besondere und wichtige Form des Engagements für unsere Gesellschaft. Er trägt dazu bei, unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie zu stärken. Gerade in diesen Tagen, in denen wir eine zunehmende Spaltung in unserer Gesellschaft beobachten, müssen wir diese wichtigen Strukturen ausbauen und dürfen sie nicht kaputt kürzen. Darüber hinaus ist das freiwillige Jahr gerade für junge Menschen eine wichtige Chance zur persönlichen Entwicklung und zur beruflichen Orientierung. Es bietet ihnen die Möglichkeit, sich aus eigenem Antrieb in gemeinnützigen Einrichtungen und Organisationen einzusetzen und soziale Verantwortung zu übernehmen.

Hier wird von der Ampel wieder einmal an der völlig falschen Stelle gespart. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzen andere Prioritäten: weniger bzw. keine Bürokratiekosten bei der Kindergrundsicherung, aber mehr Mittel für die Freiwilligendienste im kommenden Bundeshaushalt. Damit wollen wir nicht nur die massiven Kürzungen zurücknehmen, sondern auch die inflationsbedingten Preis- und Kostensteigerungen der Träger decken.

## Immer noch keine Planbarkeit bei den Strompreisen

Für viele verbessert sich nichts, Status Quo bleibt

Die Bundesregierung hat sich diese Woche auf ein so genanntes Strompreispaket verständigt. Etwas Licht und sehr viel Schatten - so sieht der Vorschlag der Bundesregierung aus. Dass man dafür über ein Jahr Diskussion benötigte, ist ernüchternd. Die Mini-Entlastung kommt viel zu spät und ist definitiv weit entfernt von dem, was Minister Habeck mit seinem Brückenstrompreis und Bundeskanzler Scholz mit seinem im Wahlkampf propagierten Industriestrompreis von 4 Cent gefordert haben. Die Absenkung der Stromsteuer und der Netzentgelte fordern wir seit vielen Monaten, wichtige Zeit hat die Ampel aber verstreichen lassen zulasten der Unternehmen.

Fraglich bleibt, ob und wie die sechs Cent Strompreis ab 2025 erreicht werden können, wie es die Bundesregierung für übernächstes Jahr ankündigt. Was ist zum Beispiel mit Zukunftsindustrien wie Halbleiter und Batterien, werden sie bei den Entlastungen vergessen? Trippelschritte helfen der heimischen Wirtschaft, die aktuell massiv unter Druck steht, nur wenig für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Kurzum: Für die meisten wird lediglich der Status quo fortgeführt. Das Abschalten der Kernkraftwerke in diesen Zeiten war definitiv der falsche Weg - weniger verfügbarer Strom führt zu höheren Preisen.

Die Ampel verlor sich bisher in endlosen Diskussionen etwa über den Industriestrompreis. Dadurch entsteht erhebliche Investitionsunsicherheit für unsere Wirtschaft, vor allem für unsere Industrie.

Auch mit Blick auf die mittlere und längere Frist verheißt das Jahresgutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung nichts Gutes, wenn nicht endlich die richtigen Weichen gestellt werden, um Innovationen und Investitionen anzukurbeln. Start-ups benötigen mehr Wagnis- und Wachstumskapital. Kapital und Liquidität sind für die Unternehmen wichtig. Diese leichter zu ermöglichen, ist Aufgabe der Regierungspolitik.

Laut Gutachten könnten die Wachstumsaussichten durch eine Steigerung des Produktivitätswachstums, höhere Investitionen und eine Stabilisierung des Arbeitsvolumens entscheidend verbessert werden. Aber gewiss nicht durch das übliche Ampel-Abwarten. Es braucht ein Fitnesspaket für unseren Wirtschaftsstandort, ein effektives Maßnahmenbündel.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 19/2023,  
10. November 2023

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck